

Frage des Tages

Hat der Landrat mit dem Ja zur Uni-Pensionskasse richtig entschieden?

Der Landrat hat die Sanierung der Uni-Pensionskasse klar gutgeheissen. Hat er richtig entschieden? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Soll die Universität Basel weiter wachsen?



Ja zum 15-Millionen-Kredit für die Uni

Nur die SVP-Fraktion stimmt dagegen, und auch sie nicht geschlossen

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Landrat hat gestern mit grossem Mehr, nämlich mit 58 zu 21 Stimmen bei fünf Enthaltungen, Ja gesagt zur «Umsetzung der Pensionskassengesetz (PKG)-Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel in der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt». So lautet der korrekte Titel der Vorlage für eine Zusatzfinanzierung zur Pensionskassenreform der Universität für die Jahre 2017 bis 2021. Dabei geht es um einen Verpflichtungskredit von 15 Millionen Franken, verteilt auf fünf Jahre.

Hintergrund der Vorlage ist die Totalrevision des basel-städtischen Pensionskassengesetzes, wovon auch das Vorsorgewerk der Universität betroffen ist. Infolge der Senkung des technischen Zinssatzes von vier auf drei Prozent müssen Massnahmen zur Absicherung des Vorsorgewerks der Universität Basel und zur Besitzstandswahrung, die in etwa derjenigen des Kantons Baselland entspricht, ergriffen werden. Dies führt zu Gesamtkosten von 60 Millionen Franken, die von den Arbeitnehmern und den beiden Trägerkantonen je hälftig getragen werden. Auf den Kanton Baselland entfällt so ein Anteil von 15 Millionen. Die Finanzierung der Anpassungskosten erfolgt zuerst durch die Universität zulasten der Rechnung 2016. Die beiden Kantone leisten sodann ihre Anteile fünf Jahre lang in Tranchen zu je drei Millionen Franken.

Der heikle Punkt

Der politisch heikle Punkt der Vorlage ist jedoch, dass die Zusatzfinanzierung eine Bedingung ist für das Zustandekommen des sogenannten 80-Millionen-Deals, die partnerschaftliche Leistung von viermal 20 Millionen Franken von Basel-Stadt an den finanziell gebeutelten Kanton Baselland für die Jahre 2016–2019. Bei einem Scheitern der Zusatzfinanzierung wäre es um den 80-Millionen-Deal geschehen gewesen, und die Baselbieter Regierung hätte als Konsequenz und in Erfüllung eines Handlungspostulats der SVP den Uni-Vertrag mit Basel-Stadt zwecks Neuverhandlungen kündigen müssen.

Das war dann auch der Grund, weshalb Hanspeter Weibel als Sprecher der SVP-Fraktion das Geschäft als Kandidaten für den «Absurditätspreis» bezeichnete. «Wir sprechen hier ja gar nicht



Siegerin und Verlierer. Oskar Kämpfer (SVP) war ohne Chance, Regierungsrätin Monica Gschwind brachte die Uni-Vorlage durch. Fotos Florian Bärtschiger



über die Zusatzfinanzierung an die Uni, sondern wir sprechen vom 80-Millionen-Deal.» Es gehe einzig und allein um die Erfüllung einer Bedingung. Weibel bestritt auch «die Legitimation dieses Geschäfts». Für diese Sanierungsbeiträge, die ein Prozent des Uni-Global-

budgets ausmachten, könne die Universität problemlos selber aufkommen. Im Übrigen, so Weibel weiter, wäre eine Kündigung des Uni-Vertrags mit Basel-Stadt kein Schaden, «denn dieser Vertrag bedarf dringend der Anpassung». SVP-Präsident Oskar Kämpfer wollte

auch den jährlichen 20-Millionen-Beitrag aus der Stadt relativiert wissen. «Unser Sparziel bei der Universität waren jährlich 25 Millionen. Mit 20 Millionen machen wir bereits eine Kniebeugung», sagte Kämpfer.

Die SVP blieb mit ihrer Gegnerschaft alleine. SP und Grüne sprachen sich ohne Wenn und Aber für die Vorlage aus. «Dieses Geschäft ist übrigens wesentlich älter als der 80-Millionen-Deal mit der Stadt», sagte SP-Sprecher Roman Brunner. Auch die Freisinnigen unterstützten die Vorlage und gingen auf Distanz zur SVP. «Was die SVP hier betreibt, ist reine Oppositionspolitik», sagte FDP-Landrat Paul Hofer.

Am Schluss appellierten Bildungsdirektorin Monica Gschwind und Regierungspräsident Anton Lauber an den Landrat, seine Verantwortung wahrzunehmen. Man habe sich bei der Besitzstandswahrung am bescheideneren Baselbieter Modus orientiert. Und insgesamt würde das Unipersonal schlechter fahren als das Baselbieter Staatspersonal. Bei 58 zu 21 Stimmen erfolgte die Zustimmung überaus deutlich. Selbst die SVP-Fraktion stimmte nicht geschlossen dagegen.

Kommentar

Das Ja der Vernunft

Von Thomas Gubler



Das Resultat lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Landrat will weder den 80-Millionen-Deal der beiden Regierungen

sausen lassen, noch dass der Uni-Vertrag mit Basel-Stadt vorzeitig gekündigt wird. Eine Überraschung war gestern aber nur noch das klare Stimmenverhältnis. Spätestens als bekannt geworden war, dass die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission die Zusatzfinanzierung an die Uni zur PK-Finanzierung mit neun zu zwei Stimmen zur Annahme empfiehlt, war auch im Ratsplenum von einem Ja zur Vorlage auszugehen. Und auch zu den Beiträgen von viermal 20 Millionen Franken aus der Stadt.

Die SVP blieb mit ihrer Opposition allein. Ihr bildungspolitischer Flügel mochte übrigens auch nicht so richtig mitmachen und enthielt sich der Stimme. Damit wurde auch klar, dass nicht mit einer bürgerlichen Allianz von SVP und FDP zu rechnen ist, wenn es gegen eine Bildungsinstitution wie die Uni Basel geht.

Somit scheint so gut wie sicher, dass die Bedingungen für die 80 Millionen Franken aus der Stadt an den Landkanton erfüllt werden. Die Ausweitung der Kooperation ETHZ und Universität Basel passierte anschliessend ohne Gegenstimme. Und auch der Ausweitung der Trägerschaft des Tropeninstituts als weitere Bedingung wird kaum namhafte Opposition erwachsen. Die Argumentation der SVP, die Regierung habe sich bei diesem Deal über den Tisch ziehen lassen, konnte nicht nachvollzogen werden, und die Bezeichnung des Beitrags als «Almosen fürs Land» vermochte nicht zu überzeugen. Die Mehrheit im Landrat sahs anders und reagierte mit einem Ja der Vernunft. Klar ist allerdings auch, dass das 50:50-Verhältnis in der Uni-Finanzierung nicht in Stein gemeisselt ist. Eine Anpassung an die unterschiedlichen finanziellen Verhältnisse bleibt eine Notwendigkeit.

thomas.gubler@baz.ch

«Die fetten Jahre für die Universität sind vorbei»

Mitglieder der Basler Bildungskommission zeigen sich erleichtert über den Landratsentscheid

Von Daniel Wahl

Basel. Die Abstimmung über die Zusatzfinanzierung von 15 Millionen Franken über die nächsten fünf Jahre zugunsten der Pensionskasse der Universität war die einzige Möglichkeit des Landrats, sich indirekt zum 80-Millionen-Deal zwischen den beiden Regierungen zu äussern. Hätten die Landräte gestern Nein gesagt, wäre die partnerschaftliche Leistungsvereinbarung zwischen Baselland und Basel-Stadt geplatzt. Entsprechend gebannt und aufgrund der aufgeheizten Stimmung auch etwas verunsichert verfolgten Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Basler Grossen Rates den Ausgang des Geschäfts in Liestal.

«Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen», sagt Grossrätin Christine Wirz (LDP). Dass das Resultat mit 21 zu 58 Stimmen so deutlich für die Ausfinanzierung ausgefallen ist, deutet sie als Wertschätzung des Baselbiets gegen-

über der Universität, «und weniger gegenüber der Stadt», fügt sie an.

Wie BKK-Mitglied Oskar Herzog (SVP) einräumt, lobbyierte er noch im Vorfeld der gestrigen Sitzung bei seinen Parteikollegen im Baselbiet, damit diese das richtige Knöpfchen drücken sollten. «Bei solchen Entscheiden ist ein staatspolitisches und kein kantonpolitisches Denken erforderlich», sagt er. Nun sei er froh, dass das Ergebnis so deutlich ausgefallen sei, sodass die Regierung auch mit einer staatspolitischen Haltung die künftige Finanzierung der Uni verhandeln könnte.

Kein Wachstum mehr

Dass die Regierungen beider Basel hinter den Kulissen den 80-Millionen-Deal abgeschlossen hätten, bezeichnet er als «Notlösung». Jetzt erwarte er, dass die BKK rechtzeitig einbezogen werde. «Wir wollen mitwirken und begutachten – keine Entscheide ohne uns», erklärte Herzog.

Auch BKK-Präsident Oswald Inglin (CVP) zeigt sich erleichtert über die Zusage zur «umstrittensten aller Bedingungen», die den 80-Millionen-Deal hätte scheitern lassen können. «Jetzt haben wir Zeit gewonnen, den nächsten Leistungsauftrag auszuhandeln.» Und in diesem sei bestimmt kein Wachstum mehr vorgesehen, ist sich Inglin sicher. Die Uni müsse sich vielmehr darauf einstellen, dass die ursprünglich angedachten 25 Millionen Franken weiterhin zur Disposition stehen, die die Baselbieter Regierung in ihrer Sparstrategie vorgesehen hatte. «Es gibt klare Zeichen, dass die fetten Jahre für die Universität vorbei sind», sagt er. Wirz ergänzt: «Die Universität verschliesst sich dem Sparen nicht. Und ich bin überzeugt, dass sie nicht übertreiben will.» Dies sei ihr signalisiert worden.

Die Befragten sind sich aber darin einig, dass am Konzept «Volluniversität» nicht gerüttelt werden darf. Keine Fakultät sollte geschlossen werden dürfen.

«Das ist der einzig richtige Entscheid des Landrats»

Erziehungsdirektor Christoph Eymann zeigt sich erleichtert über das Ja zur Pensionskassen-Sanierung

Von Aaron Agnolazza

BaZ: Herr Eymann, der Landrat hat der Sanierung der Pensionskasse der Universität Basel überdeutlich zugestimmt, wie erleichtert sind Sie?



Christoph Eymann: Das ist ein guter und der einzig richtige Entscheid des Landrats. Die der Uni aufgezwungene Sanierung der Pensionskasse kostet insgesamt 60 Millionen Franken. Vergessen wir nicht: Die Hälfte davon übernehmen die Versi-

cherten, also die Uni-Angehörigen. Auf Wunsch von Baselland wurde die Summe aus budgettechnischen Gründen in fünf Teile aufgeteilt. Die Uni muss den Betrag jetzt vorstrecken.

Welche Folgen hätte eine Abstimmung auf den 80-Millionen-Deal?

Die beiden Regierungen müssten eine solche Ausgangslage miteinander beraten.

Worst-Case-Szenario, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, wäre also die Kündigung des Univertrags. Droht damit tatsächlich der von Ihnen prophezeite «Rückschritt in die Provinz»?

Ja. Man muss klar sehen: Der Uni-Vertragsvertrag ist die Existenzgrundlage der Universität. Diese Universität hat zwei Träger. Beim Ausscheiden eines der beiden Träger gibt es kein Auffangnetz. Vor der Einigung der beiden Regierungen herrschte grosse Verunsicherung in der Universität. Diese wurde mit dem geschlossenen Auftritt der beiden Regierungen erfreulicherweise beseitigt. Der Staatsvertrag ist nicht fürs Kündigen bei der ersten Gelegenheit gedacht. Wir wurden in der Restschweiz bereits als zänkische Provinz und nicht als ernst zu nehmende staatliche Gebilde wahrgenommen. Deshalb war auch ein klarer und schneller Schlussstrich notwendig.

Die Universität Basel ist in der Vergangenheit stark gewachsen – langfristig scheint Baselland nicht mehr bereit, dieses Wachstum mitzutragen. Wie stellen Sie unter diesen Vorzeichen die Zukunft der Universität sicher?

Beide Regierungen haben das sogenannte Szenario Midi entwickelt, das von 13000 Studierenden und einer profilierten Volluniversität ausgeht. Hinter dieses Szenario haben sich auch die Parlamente mehrmals gestellt, in Hearings und Kommissionsberatungen mit den Regierungsvertretern wurde es aktiv diskutiert.

«Nicht die Volluniversität ist per se der grosse Kostenfaktor, sondern die Schwerpunkte.»

Dieses Szenario ist jetzt grosso modo erreicht, die Konsolidierung hat ja bereits in der jetzt laufenden Leistungsperiode begonnen. Die Universität wächst in erster Linie um die Bedürfnisse der Ärzteausbildung. Die anderen Kostensteigerungen sind in erster Linie der Finanzierungsmethode für die Liegenschaften geschuldet, sie beinhalten kein strategisch-inhaltliches Wachstum. Persönlich bin

ich der Auffassung, dass wir weiter für unsere Universität ambitionös bleiben müssen und mit Zusatzinvestitionen weitere Gelder, Talente und Wirtschaftswachstum in die Region ziehen sollen. Aber ich sehe ein, dass wir mittelfristig jetzt den finanziellen Möglichkeiten Rechnung tragen müssen.

Auch in Basel-Stadt ist die finanzielle Lage angespannt. Wie lange kann sich der Kanton noch die von Ihnen propagierte Volluniversität leisten?

Hoffentlich auch in den nächsten 555 Jahren. Denn nicht die Volluniversität ist per se der grosse Kostenfaktor, sondern die strategischen Schwerpunkte: Medizin und Life Sciences. Diese wollen wir ebenso halten wie die Geisteswissenschaften, die ebenso zur Kultur und Identität beider Basel gehören.

Sind Sparmassnahmen an der Uni in den kommenden Jahren ein Thema?

Das haben wir mit gemeinsamen Regierungsbeschlüssen festgehalten. Schon heute kann sich die Uni nur dann entwickeln, wenn sie eigene Gelder einsetzt, die sie zuvor durch interne Umlagerungen gewonnen hat. Aber: Massnahmen können nur im Dialog mit der Uni entwickelt werden. Der Universität top down einfach eine Zahl vorzugeben, ohne inhaltliche Verantwortung zu übernehmen, kommt für mich nicht infrage.

ANZEIGE



Gründenstrasse 95
4132 Muttenz
info@fosmittelschule.ch
www.fosmittelschule.ch

Freie Mittelschule
Brücken zur Berufslehre, Maturität
und Fachhochschule

Das Lernen entwickeln.
Mit Training, Coaching und Mentoring.

ANZEIGE

Weihnachtsmarkt Freiburg

23. Nov. – 23. Dez.

Rathausplatz, Kartoffelmarkt, Unterlindenplatz, Franziskaner- und Turmstraße

Täglich 10 – 20.30 Uhr
Sonntags 11.30 – 19.30 Uhr
www.weihnachtsmarkt.freiburg.de